

# Verkehrssicherheit gewährleisten statt Scheinlösungen suchen

LAPID

November 2024

## Position zum „Gesetzentwurf zur Begrenzung der Halterpflichten bei der Überprüfung von Führerscheinen“

Die Bundesratsinitiative zur Änderung des §21 StVG soll Pflichten gewerblicher Fahrzeughalter bei der Führerscheinkontrolle lockern. Fahrzeughalter sollen die Führerscheine ihrer Fahrer nur noch bei „konkreten Anlässen“ kontrollieren. Dies ist nicht mit der betrieblichen Realität in Deutschland vereinbar. Vielmehr schwächt der Entwurf die Verkehrssicherheit, erschwert die finanzielle Planbarkeit für Unternehmen und ignoriert bestehende digitale Kontrolllösungen.



### Der Gesetzentwurf gefährdet die Verkehrssicherheit.

- Ohne regelmäßige Führerscheinkontrollen steigt die Gefahr, dass Fahrer ohne gültige Fahrerlaubnis am Straßenverkehr teilnehmen. Dies erhöht das Risiko schwerer Unfälle und gefährdet die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer. Im Jahr 2023 wurden 406.292 Fahrverbote verhängt. Im selben Jahr kam es zu 114.788 Delikten von „Fahren ohne Fahrerlaubnis“ trotz Fahrverbots. Die Dunkelziffer derer, die trotz Fahrverbot am Straßenverkehr teilnehmen, ist wahrscheinlich noch deutlich höher. **Wenn Fahrer nach der ersten Kontrolle des Führerscheins durch den Arbeitgeber ein Fahrverbot erhalten oder gar die Fahrerlaubnis verlieren, wäre dies für Arbeitgeber nicht mehr nachvollziehbar.**
- Die Anzahl der Verkehrsunfälle in Deutschland steigt seit vier Jahren kontinuierlich an. Allein 2023 gab es einen Anstieg von 4,7 % bei polizeilich erfassten Unfällen auf 2,5 Millionen. Prognosen sagen zudem steigende Verkehrszahlen voraus. Das Thema Verkehrssicherheit wird also wichtiger und darf durch Einzelmaßnahmen nicht unnötig ausgehöhlt werden. **Das Gesetz widerspricht dem Pakt für Verkehrssicherheit der Bundesregierung und gefährdet die Vision Zero.**
- Durch das Gesetz entsteht ein Verantwortungsvakuum. Der Staat kann dieses Vakuum durch Polizeikontrollen oder Behördenarbeit nicht auffangen. Regelungen aus anderen Ländern, wie Frankreich, Großbritannien oder den USA zeigen, dass regelmäßige Kontrollen wichtig sind. **Deutschland sollte nicht hinter die internationale Praxis zurückfallen.**



### Der Gesetzentwurf birgt Rechtsunsicherheit und finanzielle Risiken für Unternehmen.

- Das Gesetz führt zu finanziellen Risiken für Unternehmen: Bei Unfällen durch Fahrer ohne gültige Fahrerlaubnis drohen erhebliche finanzielle Schäden, da Versicherungen in solchen Fällen oft nicht zahlen. **Unternehmen laufen Gefahr, für Millionenschäden haftbar gemacht zu werden.**
- Dies wird auch nach einer Gesetzesänderung so bleiben. Denn: Das Gesetz steht im Widerspruch zu geltenden Vorschriften wie den Allgemeinen Bedingungen für die Kfz-Versicherung oder Vorschriften der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung. Diese sehen regelmäßige Führerscheinkontrollen vor. **Damit schafft der Entwurf Rechtsunsicherheit, da er Unternehmer vor Haftungsprobleme bei Verstößen gegen die genannten Vorschriften stellt.**
- Unternehmen tragen eine Mitverantwortung, die Sicherheit im Straßenverkehr zu gewährleisten. Gerade im gewerblichen Bereich stehen Fahrer unter einem enormen Druck. Der Wegfall regelmäßiger Kontrollen gefährdet nicht nur die Verkehrssicherheit, sondern hat auch negative Effekte auf die Arbeitssicherheit der eigenen Mitarbeiter. **Gute Arbeitsbedingungen und hohe Qualitätsstandards sind untrennbar verbunden. Ein Abbau von Kontrollen bedeutet auch ein Abbau an Qualität.**



### Der Gesetzentwurf schwächt digitale Innovationen und ist keine Lösung für weniger Bürokratie.

- Es gibt effiziente, digitale Lösungen für die regelmäßige Führerscheinkontrolle. **Diese reduzieren den Verwaltungsaufwand bereits jetzt auf ein Minimum und tragen wirksam zur Verkehrssicherheit bei.**
- Anstatt Bürokratie abzubauen, schafft die Überwachung von sogenannten „konkreten Anlässen“ zusätzliche Unsicherheiten. **Diese nicht näher definierten Anlässe werden Unternehmen verunsichern und machen zukünftig eine lückenlose Erfassung von und Reaktion auf jeden einzelnen Anlass erforderlich.**
- Der digitale Führerschein wird kommen. Mit der unterzeichneten eIDAS 2.0 Verordnung hat die Bundesregierung sich verpflichtet, bis 2027 ein EUDI-Wallet (European Digital Identity Wallet) in Deutschland bereitzustellen. Diese digitale Brieftasche wird Mitarbeitern von gewerblichen Fahrzeughaltern ermöglichen, ihren digitalen Führerschein innerhalb von wenigen Sekunden abzufragen. Kontrolllösungen dafür gibt es schon. **Ein deutscher Alleingang ist also kein Beitrag zur Entbürokratisierung. Vielmehr gelingt diese vor allem durch digitale Lösungen.**

**Bürokratieabbauende Maßnahmen sind im Grundsatz zu begrüßen. Der vorliegende Entwurf steht allerdings seinem Ziel zuwider.**

Vielmehr würde der Staat seiner Pflicht – der Gewährleistung der Verkehrssicherheit – fahrlässig nicht nachkommen.

**Daher empfehlen wir, den vorliegenden Gesetzentwurf abzulehnen.**

Stattdessen sollte die Politik bestehende digitalen Kontrolllösungen fördern und die beschlossene, europaweite Digitalisierung des Führerscheins weiter vorantreiben.